

über die 15. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 28.09.2016

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Herr Hasan Ergen

Herr Patrick Fuest

Herr Florian Große-Allermann

Frau Carina Häusler

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

Herr Dr. Florian Klein

Frau Vanessa Klein

Frau Janne Koch

Herr Tim Kögler

Herr Michael Lück

Frau Ann-Cathrin Nellen

ab Tagesordnungspunkt ö 6

Herr Steffen Pawlik

Frau Lisa Pientak

Herr Holger Radenbach

ab Tagesordnungspunkt ö 5

Herr Benedikt Reich

Herr Lucas Risse

Frau Bianca Rosenstetter

Frau Kathrin Sarin

Herr Sven Schuhen

Herr Joris Schüller

Frau Monika Sikora

Frau Laura Töpfer

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach

Herr Markus Gronauer

Frau Gabriele Hackel

Herr Bruno Kosmala

Herr Michael Nagy

Herr Peter Werner

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Stephan Emmler

Herr Manfred Poell

FDP

Herr Andreas Wölk

DIE LINKE

Frau Badi Özgültekin

Rechnungsprüfung

Herr Georg Mittmann

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel

Frau Sonja Baumhauer

Frau Estelle Dageroth

Frau Simone Feldmann

Herr Martin Frömmer

Herr Peter Heimann

Herr Guido Krämer

Herr Edgar Lenz

Herr Roland Liebermann

Herr Michael Lobe

Frau Sabine Noll

Frau Christiane Schärfke

Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der PETO-Fraktion

Frau Brinja Bures

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Tim Brühland

Mitglieder der SPD-Fraktion

Frau Stefanie Rohm

von der Verwaltung

Frau Gisela Herforth

Herr Marc Steven

Tagesordnung:

TOP Beratungsgegenstand

Vorlage Nr.

-
- | | | |
|----|--|-----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes | IX/0877 |
| 3 | Kenntnisnahme der Niederschrift der 14. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 06.07.2016 - öffentlicher Teil - | |
| 4 | Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (06.07.2016) - öffentlicher Teil | IX/0878 |
| 5 | Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner | |
| 6 | Standortentscheidung über den Bau eines islamischen Gemeindezentrums durch den Verein Islamische Gemeinde Monheim und Umgebung e. V. | IX/0901 |
| 7 | Standortentscheidung über den Bau eines islamischen Gemeindezentrums durch den Verein DITIB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e. V.
Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung) | IX/0902 |
| 8 | Entwicklung der Stadt Monheim am Rhein zum modernen digitalen Standort – Monheim 4.0 | IX/0857 |
| 9 | Genehmigung einer dringlichen Entscheidung - Klage gegen den Heranziehungsbescheid zur Kreisumlage 2016 - | IX/0839 |
| 10 | Projektdurchführung im Rahmen der Landesinitiative "NRW hält zusammen... für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung" | IX/0850 |
| 11 | Weiterentwicklung des zweiten Bildungswegs in der Volkshochschule Monheim am Rhein | IX/0843 |
| 12 | Konzept Jugendberufsagentur | IX/0844 |
| 13 | Personalanpassung in den kommunalen Kindertagesstätten für das Kita-Jahr 2016/17 | IX/0846 |
| 14 | Aufstellung von Fahrradboxen am Busbahnhof und an der Bushaltestelle Baumberger Chaussee | IX/0863 |
| 15 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.08.2016 "Entwicklung eines Konzeptes für das Projekt Essbare Stadt" | IX/0866/1 |
| 16 | Mehrkosten Umgestaltung Alter Markt inkl. Kanalauswechslung - Genehmigung der dringlichen Entscheidung | IX/0855 |
| 17 | Bebauungsplan 99M 1. Änderung "südlich Kielsgraben" - Satzungsbeschluss | IX/0826 |
| 18 | Vorhabenbezogener Bebauungsplan 143M "Poststraße"
1. Behandlung der Anregungen
2. Satzungsbeschluss
3. Zustimmung Durchführungsvertrag | IX/0827 |

- | | | |
|------|---|-----------|
| 19 | Bebauungsplan 63B 1. Änderung - "Am Waldbeerenberg"
1. Abwägung der eingegangenen Anregungen
2. Satzungsbeschluss | IX/0841 |
| 20 | Bebauungsplan 126M "Menk-Gelände"
- erneute öffentliche Auslegung - | IX/0884 |
| 21 | Schulstandort Lottenstraße/Krischerstraße
-Planungsbeschluss- | IX/0825/1 |
| 22 | Heinrich-Häck-Stadion
- Neubau Turnhalle: Budgetanpassung - | IX/0885 |
| 23 | Einbringung 2. Nachtragshaushaltssatzung 2016 | IX/0886 |
| 24 | Nachwahl in Ratsausschüsse und Gremien, Nachbenennung für
den JHA sowie die Bestimmung von Nachfolgern für den
Ausschussvorsitz | IX/0880 |
| 25 | Mündliche Mitteilungen | |
| 25.1 | Mitteilung über die Einrichtung eines Haltepunktes in Düsseldorf-
Benrath im Rahmen des Linienkonzeptes des RRX | |
| 26 | Mündliche Anfragen | |
| 26.1 | Anfrage des Ratsherrn Nagy - CDU - "Beginn der Bauarbeiten
am Alten Markt" | |
| 26.2 | Anfrage des Ratsherrn Schumacher - SPD - "Tischvorlagen bei
digitaler Gremienarbeit" | |
| 26.3 | Anfrage des Ratsherrn Poell - Bündnis90/Die Grünen -
"Sitzungsplanung 2017" | |
| 26.4 | Anfrage des Ratsherrn Goller - SPD - " Sperrungen am
nördlichen Ende des Kreisverkehrs Lindenstraße" | |

Sitzungsergebnis:

1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die 15. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass sich folgende Ratsmitglieder für die Sitzung entschuldigt haben:

Frau Brinja Bures – PETO-Fraktion, Frau Stefanie Rohm – SPD-Fraktion und Herr Tim Brühland – CDU-Fraktion.

Gegen die vorgelegte Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

2 **Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes** **Vorlage: IX/0877**

Nachdem sich alle Anwesenden von ihren Plätzen erhoben haben, bittet der Bürgermeister Herr Sven Schuhen - PETO - nach vorne und verpflichtet ihn in feierlicher Form durch das Nachsprechen folgender Formel:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Monheim am Rhein erfüllen werde."

Der Bürgermeister, die Ratsmitglieder und alle Anwesenden gratulieren Herrn Schuhen durch Beifall zu seiner Verpflichtung als Ratsmitglied.

3 Kenntnisnahme der Niederschrift der 14. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 06.07.2016 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

**4 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (06.07.2016) - öffentlicher Teil
Vorlage: IX/0878**

Der Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen wird zur Kenntnis genommen.

5 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Wortmeldungen für die Fragestunde vor.

Der Bürgermeister schließt die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner und erklärt, dass die zweite Fragezeit um 18:00 Uhr oder nach Abhandlung des dann beratenden Tagesordnungspunktes aufgerufen werde.

**6 Standortentscheidung über den Bau eines islamischen Gemeindezentrums durch den Verein Islamische Gemeinde Monheim und Umgebung e. V.
Vorlage: IX/0901**

Die Beratung über die Tagesordnungspunkte 6 und 7 wird zusammengefasst.

Eingangs berichtet der Bürgermeister aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und teilt mit, dass die zweite Bürgerbeteiligung am 6. Oktober 2016 ab 19:00 Uhr in der Aula des Otto-Hahn-Gymnasiums stattfinden werde.

Er weist auf das Schreiben des Landrates vom 26.09.2016 hin, welches zur Information an die Plätze verteilt wurde.

In der anschließenden Diskussion erklärt der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, dass man sich im Haupt- und Finanzausschuss bewusst für eine getrennte Beratung hinsichtlich der Pläne zum Bau der beiden geplanten Gemeindezentren entschieden habe. Nur den vorgeschlagenen Standorten könne heute zugestimmt werden. Bevor keine grundlegenden Konzepte hinsichtlich Finanzierung und Förderung, die auf durch die islamischen Gemeinden noch vorzulegende

Integrations- und Betreiberkonzepte basieren, vorgestellt würden, könne keine weitere Zustimmung erfolgen. Als Förderungsmodell könne man sich ggf. eine jährliche Bezuschussung vorstellen, die von Integrationskonzepten abhängig gemacht werde. Als hilfreicher Orientierungsmaßstab werde ein Vergleich der Förderung anderer Hallen und Zentren angesehen.

Ausdrücklich weist er darauf hin, dass man sich auch durch Drohbriefe nicht an der Entscheidung hindern lasse.

Abschließend gibt er noch den Hinweis, dass man dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen werde, da die Grundsatzentscheidungen noch ausstünden.

Man werde sich heute im Ergebnis ähnlich verhalten, wie die Fraktion seines Vorredners, erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion. Anders als die Verwaltung sei man der Meinung, dass alle Bedingungen, die man im Rahmen von Überlassungsverträgen regeln wolle, auch im Rahmen von regulären Kaufverträgen hätte vereinbaren können.

Die fehlenden Finanzierungs- und Integrationskonzepte werden bemängelt. Ausdrücklich weist er darauf hin, dass Zustimmung nur für Maßnahmen mit integrativer Tätigkeit erteilt werde. Eine Vollfinanzierung der geplanten Gemeindezentren entspreche s. E. nicht dem öffentlichen Interesse.

Anders als sein Vorredner stellt er fest, dass der heutigen Verweisung des Nachtragshaushaltes zur Weiterberatung in den Haupt- und Finanzausschuss zugestimmt werden könne.

Abschließend führt er aus, dass der Vorlage zum Bau eines Gemeindezentrums durch den Verein DİTİB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e.V. nicht zugestimmt werden könne, so lange die vertraglichen Vereinbarungen mit dem DİTİB-Bundesverband Köln geschlossen werden würden. Die politische Entwicklung nach dem Putschversuch in der Türkei werde nicht ohne Sorge gesehen. Die enge Verbindung des Stadtverbandes mit dem Dachverband der DİTİB werde äußerst kritisch betrachtet.

Mit dem Verlauf des Entwicklungsgangs der Beratungen über die Pläne zum Bau der beiden islamischen Gemeindezentren zeigt sich der Sprecher der SPD-Fraktion zufrieden. Dadurch sei sachgerechte Beratung gewährleistet worden. Dass ein Alternativgrundstück vorgeschlagen worden sei, werde als positive Entwicklung angesehen. Die getrennte Befassung mit den Plänen zum Bau der beiden Gemeindezentren werde begrüßt.

Dem Standort A für den Bau eines islamischen Gemeindezentrums durch den Verein Islamische Gemeinde Monheim und Umgebung e.V. werde zugestimmt. Die Bedenken gegen die DİTİB hinderten an einer Zustimmung zu der Vorlage für das Gemeindezentrum der DİTİB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e.V.

Wichtig sei für ihn, festzuhalten, dass heute noch nicht endgültig über die Grundstücke entschieden werde, sondern dass dies erst nach der durch den Bürgermeister bereits angekündigten Bürgeranhörung vorgesehen sei. Die Positionen der Bürger müssten hierbei Grundlage der Entscheidung sein.

Beide islamische Gemeinden in Monheim würden gleichermaßen durch die PETO-Fraktion unterstützt, erklärt ein Sprecher. Dass grundsätzliche Einigkeit zwischen den Fraktionen bestehe, das strategische Ziel „Eine Stadt für alle“ zu erreichen, sei unbestritten. Heute solle zunächst eine Empfehlung hinsichtlich der Standorte für die

beiden Gemeindezentren ausgesprochen werden. Die endgültige Entscheidung werde in der Ratssitzung im Oktober fallen. Ausdrücklich hebt er nochmals hervor, dass beide islamische Gemeinden sich in der Vergangenheit als verlässliche Partner erwiesen hätten. Gerade wegen der unsicheren Situation um die DİTİB müsse man mit der Monheimer Gemeinde im Gespräch bleiben. Auch hebt er hervor, dass ohne stimmige Konzepte der islamischen Gemeinden über die Sache nicht endgültig beraten werden könne. Abschließend hält er fest, dass große Hoffnung bestehe, durch eine Beschlussfassung mit großem Konsens ein gemeinsames Signal in Sachen Integration setzen zu können.

Auch der Bürgermeister erklärt, dass er die Hoffnung auf eine breite Mehrheit in der abschließenden Beratung im Oktober noch nicht aufgegeben habe, auch wenn durch verschiedentliche Äußerungen aus anderen Fraktionen durchaus Zweifel aufkämen, ob in dieser Sache Gemeinsamkeit gelingt.

Anschließend äußert sich der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen dahingehend, dass kein grundsätzliches Problem einer Unterstützung zum Bau der Gemeindezentren habe, sondern mit dem Wie. Nach eingehenden Recherchen hinsichtlich der Ausrichtung des DİTİB-Bundesverbandes habe er seine Meinung revidiert und werde auch dieser Vorlage - anders als im HaFi – heute zustimmen.

Dieser Meinung könne er auf keinen Fall zustimmen, erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion.

Anschließend entbrennt eine heftig und kontrovers geführte Debatte zwischen dem Bürgermeister und Rednern der CDU-Fraktion über die Ausrichtung und den Einfluss der DİTİB insbesondere im Hinblick auf die geänderte politische Situation nach dem Putschversuch in der Türkei.

Er bedaure, dass pauschal eine Unterstützung der Monheimer DİTİB-Türkisch Islamische Gemeinde unter Hinweis auf den Bundesverband abgelehnt werde, erklärt der Bürgermeister. Er vertrete die Auffassung, dass der Verein sich an seinen Taten messen lassen könne. Die Aufkündigung der Zusammenarbeit zwischen dem Land NRW und der DİTİB durch Innenminister Jäger, auf die ein Sprecher der CDU-Fraktion hinweist, wird durch den Bürgermeister als opportunistische Handlungsweise bezeichnet.

Es handele sich um eine einvernehmliche Beendigung der Zusammenarbeit zwischen dem DİTİB-Dachverband und dem Land NRW, teilt klarstellend die Sprecherin der PETO-Fraktion mit.

Eine Unterstützung des Monheimer Ortsverbandes der DİTİB würde nicht abgelehnt, da man deren Mitglieder in der Vergangenheit als rechtschaffene Bürger kennengelernt habe. Vertragsabschlüsse und damit Zusammenarbeit mit dem DİTİB-Bundesverband werde abgelehnt, stellt der Sprecher der CDU-Fraktion fest.

Auch bemängelt der Bürgermeister, dass durch die CDU-Fraktion nicht deutlich gesagt werde, dass man am Ortseingang keine Moschee haben wolle. Diesem Vorwurf entgegnet der Sprecher der CDU-Fraktion mit einem Hinweis auf die CDU-Homepage, auf der deutlich zum Ausdruck gebracht werde, dass eine Moschee nicht prägend an den Ortseingang gehöre.

Deshalb halte er eine Vorstellung aller möglichen Standorte in der anstehenden Bürgerbeteiligung für zwingend notwendig. Dies vor allem im Hinblick darauf, als die Nutzer und Besucher der Gemeindezentren nur einen geringen Anteil an der Bürgerschaft stellten.

Der Bürgermeister äußert den Wunsch, alle Argumente klar zur Sprache zu bringen, um einen offenen Meinungsaustausch führen zu können.

Er selbst halte den ursprünglich vorgeschlagenen Standort eines Gemeindezentrums an der Wilhelm-Busch-Schule nach wie vor für günstiger. Im Sinne der Sache sei es allerdings unumgänglich, Kompromisse mit breiter Mehrheit zu finden und man sei diesem Kompromissvorschlag beigetreten.

Im weiteren Verlauf der Diskussion bedauert die Sprecherin der PETO-Fraktion zunächst die Wortwahl in den vorausgegangenen Wortbeiträgen anderer Fraktionen.

Sie stellt heraus, dass es sich bei der DITIB um eingetragene Vereine nach deutschem Recht handele. Aufgrund dessen gäbe es jederzeit Handlungsmaßnahmen, bei Verfehlungen gegen die deutsche Verfassung. Im Verlauf ihres Wortbeitrages erinnert sie die Fraktionen an das Grundsatzbekenntnis aus den vergangenen Sitzungen, die beiden islamischen Gemeinden bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Dass dafür Kompromissbereitschaft bestehen müsse, müsse allen Fraktionen klar sein.

Bezüglich der Aussage der CDU-Fraktion, dass das Menk-Gelände für eine Moschee als ungeeignet angesehen werde, hätte man sich gewünscht, dass ein alternativer Standort aufgezeigt worden wäre, falls die Bürgerschaft sich der Meinung der CDU anschließen würde. Mit dem derzeitigen Verhalten werde keine Kompromissbereitschaft und Unterstützung signalisiert. Integration sei ein beidseitiger Prozess. Nach dem Verständnis der PETO-Fraktion gehöre dazu auch, dass Moscheen an Plätzen erbaut würden, an denen sie sichtbar sind.

Zu seinen Vorrednern führt der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen aus, dass s. E. mit einer Moschee am Ortseingang ein positives Signal gesetzt werde. Er fragt nach, ob eine Trennung der örtlichen DITIB Gemeinde vom DITIB-Dachverband möglich sei. Er bittet hierzu um Prüfung.

Diese Frage wird direkt durch den Bürgermeister beantwortet. Der DITIB-Bundesverband sei Eigentümer des bisherigen Moschee-Grundstückes an der Niederstraße. Eine Trennung des Ortsverbandes vom Dachverband sei nicht möglich. Die Strukturen seien vergleichbar mit denen in der katholischen Kirche, in der die Gemeinden in gewissen Verwaltungsangelegenheiten auch den Bistümern unterstellt seien.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt unter Hinweis auf seine Vorstellungen späterer Förderungen der islamischen Gemeinden, dass er Gemeinsamkeiten zu den Vorstellungen der CDU-Fraktion sähe. Grundlage für Beratung und Entscheidung darüber seien aber sowohl Finanzierungs- als auch Integrationskonzepte, die noch nicht bekannt seien.

Der Bürgermeister weist auf die Regelungen der Geschäftsordnung hin, die er zugunsten einer umfänglichen Diskussion sehr großzügig in Bezug auf die Anzahl der Wortmeldungen ausgelegt habe.

Abschließend stellt er fest, als Ergebnis sei festzuhalten, dass alle ihren Willen zum Ausdruck gebracht hätten, gemeinsam eine gute Lösung zu finden.

Danach ruft er die Tagesordnungspunkt ö 6 und ö 7 getrennt zur Abstimmung auf.

Beschluss

- I. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Gemeinde „Islamische Gemeinde Monheim und Umgebung e.V.“ auf Basis der vorhandenen Zusammenarbeit ein Konzept zur weiteren Stärkung der Integration ihrer Mitglieder am zukünftigen Standort eines geplanten Gemeindezentrums zu erarbeiten.
- II. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung, den Standortvor-schlag zur Errichtung eines islamischen Gemeindezentrums durch den Verein „Islamische Gemeinde Monheim und Umgebung e. V.“ im Geltungsbereich des Bebauungsplans 126 M „Menk-Gelände“ in einer Bürgerbeteiligung der Öffentlichkeit vorzustellen.
- III. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschafts-gremien der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH werden gemäß § 113 Abs. 1 GO NRW angewiesen, das genannte Grundstück der Stadtentwicklungsgesellschaft bis zur abschließenden Beschlussfassung des Rates in dieser Angelegenheit keiner anderen Verwendung zuzuführen.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit der Gemeinde über den Ankauf des bisher genutzten Grundstücks Opladener Straße 129 aufzunehmen und dem Rat das Ergebnis in seiner nächsten Sitzung zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

37 Ja-Stimmen: 25 PETO, 6 CDU, 2 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP, 1 BM
1 Enthaltung: LINKE

einstimmig bei 1 Enthaltung zugestimmt

**7 Standortentscheidung über den Bau eines islamischen Gemeindezentrums durch den Verein DITIB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e. V.
Vorlage: IX/0902**

Die Beratung wurde zusammen mit Tagesordnungspunkt ö 6 (Drucksache IX/0901) geführt.

Beschluss

- I. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Gemeinde „DITIB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e.V.“ auf Basis der vorhandenen Zusammenarbeit ein Konzept zur weiteren Stärkung der Integration ihrer Mitglieder am zukünftigen Standort eines geplanten Gemeindezentrums zu erarbeiten.
- II. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung, den Standortvor-schlag zur Errichtung eines islamischen Gemeindezentrums durch den Verein „DITIB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e.V.“ auf dem Gelände des ehemaligen Freibads im Bereich des laufenden Bebauungsplanverfahrens 106 M „östlich Heide“ in einer Bürgerbeteiligung der Öffentlichkeit vorzustellen.

- III. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschafts-gremien der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH werden gemäß § 113 Abs. 1 GO NRW angewiesen, das genannte Grundstück der Allwetterbad GmbH bis zur abschließenden Beschlussfassung des Rates in dieser Angelegenheit keiner anderen Verwendung zuzuführen.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit der Gemeinde über den Ankauf des bisher genutzten Grundstücks Niederstraße 52 aufzunehmen und dem Rat das Ergebnis in seiner nächsten Sitzung zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

28 Ja-Stimmen: 25 PETO, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 BM
8 Nein-Stimmen: 6 CDU, 2 SPD
2 Enthaltungen: FDP, LINKE

mehrheitlich zugestimmt

Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)

Der Bürgermeister ruft erneut die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Bürgermeister schließt den zweiten Teil der Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner.

8 Entwicklung der Stadt Monheim am Rhein zum modernen digitalen Standort – Monheim 4.0
Vorlage: IX/0857

Beschluss

1. Der Rat nimmt die Zielsetzungen zur Entwicklung der Stadt zum modernen digitalen Standort zustimmend zur Kenntnis.
2. Der mit Vorlage IX/0569 beschlossene Ausbau des öffentlichen WLAN-Angebots wird insoweit vorgezogen, dass er parallel zum Ausbau des Glasfasernetzes durch die MEGA bereits nach Möglichkeit Ende des Jahres 2018 abgeschlossen ist. Die Verteilung der hierfür bereits etatisierten Investitionsmittel wird entsprechend angepasst.
3. Die im Haushaltsjahr 2017 und den Folgejahren geplanten strategischen Investitionsmaßnahmen bedürfen vor ihrer jeweiligen Realisierung eines entsprechenden Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses.

einstimmig zugestimmt

9 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung - Klage gegen den Heranziehungsbescheid zur Kreisumlage 2016 -
Vorlage: IX/0839

Der Bürgermeister führt zu den Hintergründen der Dringlichen Entscheidung aus.

Beschluss

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung NRW die Dringliche Entscheidung des Bürgermeisters Daniel Zimmermann und des

Ratsmitglieds Lisa Pientak vom 25.07.2016 über die Klage gegen den Heranziehungsbescheid zur Kreisumlage 2016.

Abstimmungsergebnis:

29 Ja-Stimmen: 25 PETO, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 Linke, 1 BM
9 Nein-Stimmen: 6 CDU, 2 SPD, 1 FDP

mehrheitlich zugestimmt

- 10 Projektdurchführung im Rahmen der Landesinitiative "NRW hält zusammen... für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung"**
Vorlage: IX/0850

Beschluss

- 1.) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt vorbehaltlich der Drittmittelzusage durch das Land NRW die Umsetzung des Projektes „Spielerisch-medialisierte Aneignung des Berliner Viertels durch benachteiligte Kinder und Jugendliche“. Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.
- 2.) Im Haushaltsplan 2017 werden die erforderlichen 20 % Eigenmittel gemäß des oben genannten Antrags etatisiert.
- 3.) Im Rahmen der Stellenplanberatungen 2017 wird eine befristete nach EG 09 ausgewiesene Stelle zur Projektdurchführung eingerichtet.

einstimmig zugestimmt

- 11 Weiterentwicklung des zweiten Bildungswegs in der Volkshochschule Monheim am Rhein**
Vorlage: IX/0843

Der Sprecher der CDU-Fraktion nimmt Bezug auf die aktuelle Situation in der VHS. Zunehmend werde an seine Fraktion herangetragen, dass das neue Angebot von vielen Monheimer Bürgerinnen und Bürgern bemängelt werde. Die Umbrüche in der VHS, die nach seinen Informationen auch Anlass für den Weggang einer weiteren Person in leitender Funktion seien, würden mit Sorge betrachtet. Nicht zu bemängeln sei, dass wegen der großen Nachfrage vermehrt Angebote geschaffen würden zur intensiven Sprachschulung von Flüchtlingen. Dies diene der Integration und werde befürwortet, allerdings dürften diese Angebote nicht zu Lasten des allgemeinen Angebots der VHS gehen. Die Anzeichen, dass nur noch ein Mindestangebot von allgemeinen VHS-Kursen erhalten bliebe, verstärkten sich. Grundsätzlich werde man dieser Vorlage zustimmen. Man beobachte jedoch kritisch, dass das einstimmig beschlossene Konzept für die Angebots- und Betriebsstruktur für die VHS nicht abgewartet werde, sondern dass bereits im Vorfeld Fakten geschaffen werden sollten, um die VHS-Struktur zu ändern.

Er verlangt eine konkrete Auflistung über weggefallene Kurse und von welchen Lehrkräften bzw. Kursleitern man sich getrennt habe. Dies seien fehlende Fakten, um die Informationen durch VHS-Teilnehmer objektiv beurteilen zu können, insbesondere im Hinblick auf die Summe der Umbrüche bei der VHS. Die Angaben könnten auch dem Protokoll der Ratssitzung beigelegt werden.

Der Bürgermeister erklärt seine Verwunderung über die Ausführungen seines Vorredners, zumal in den vorherigen Fachausschusssitzungen minutiös über die Angebotsstruktur und Veränderungen bei der VHS berichtet worden sei. Ausdrücklich weist er den Eindruck zurück, dass mit der heutigen Vorlage Pflöcke eingeschlagen

werden sollten hinsichtlich des zukünftigen Angebotes, ohne das beschlossene Konzept abzuwarten.

Dem Verlangen nach der geforderten Auflistung, hier insbesondere der namentlichen Nennung von Lehrpersonal, könne er im Hinblick auf datenschutzrechtliche Bestimmungen nicht nachgeben. Ergänzend führt er jedoch zu personellen Einzelheiten aus und verweist auf die Anwendung der Entgeltordnung in der Vergangenheit hin, die nicht unkritisch zu betrachten sei.

Anschließend erteilt der Bürgermeister Frau Baumhauer das Wort, die aus der VHS-Statistik vorträgt. Als Vergleich für die Kennzahlen gelten:

- Anzahl der unterrichtenden Dozenten
- Nach WbG NRW anrechenbare Unterrichtseinheiten
- Anzahl der Anmeldungen.

(Die Statistik wird dem Protokoll beigelegt.)

Ergänzend führt Frau Baumhauer mündlich aus:

- Im Vergleichszeitraum Januar-August 2016 zum gleichen Zeitraum 2015 ist die Anzahl der nach Weiterbildungsgesetz NRW anrechenbaren Unterrichtseinheiten von 11.236 auf 13.877 gestiegen. Zusammen mit dem Integrationsbereich wird die VHS Monheim am Rhein bis zum Jahresende etwa 18.000 Unterrichtsstunden erreichen.
- Das kommunale Weiterbildungsangebot der VHS Monheim am Rhein wird kontinuierlich stärker genutzt. Die Anzahl der Anmeldungen steigt (jeweils in den Vergleichszeiträumen Januar bis August) kontinuierlich an (2011: 2708, 2013: 2599, 2015 3817, 2016: 4006). Die Anzahl der Anmeldungen ist in allen Fachbereichen - exklusive der Integrationskurse - im Vergleichszeitraum auf dem Stand des Vorjahres (2015: 2100, 2016: 2098)
- Auch die Anzahl der unterrichtenden Dozenten steigt an (2011: 115, 2013: 119, 2015: 147, 2016: 150).

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass ihm diese Statistik nicht ausreiche. Er wünscht eine Übersicht, die speziell die Veränderung im angebotenen Fächerkanon ausweise. Die Beratung dazu könne s.E. auch im nichtöffentlichen Teil des Fachausschusses geschehen.

Der Bürgermeister erklärt anschließend, dass es sich beim Beirat der VHS um das zutreffende Gremium handele, um eingehend über die offenen Fragen zu beraten. Ergänzend führt er noch aus, dass die durch Frau Baumhauer vorgelegte Statistik nicht die Integrationskurse beinhalte, sondern die Zahlen das VHS-Standardprogramm ablichte.

Abschließend weist der Bürgermeister darauf hin, dass seit gestern der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Sonderprüfung bei der VHS vorliege. Derzeit sei die Terminfindung für eine zusätzliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses, in der der Bericht vorgelegt werden solle, im Gang. Man strebe einen Termin bis Ende Oktober an.

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt:

- 1.) Der Stellenplan 2016 wird unterjährig um eine unbefristete Teilzeitstelle (30 WS) EG 11 für Weiterbildungslehrende im Zweiten Bildungsweg erweitert.
- 2.) Im Stellenplan 2017 ff. wird eine auf fünf Jahre befristete Stelle im Umfang von 39 Wochenstunden EG11 für Weiterbildungslehrende im

- Integrationskursbereich ausgewiesen.
- 3.) Es werden für 2016 überplanmäßige Mittel für den Zweiten Bildungsweg und die Durchführung der Einstiegskurse in Höhe von insgesamt 14.000 € im Produkt Volkshochschule bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen „Zuwendung vom Bund“ im Produkt der Volkshochschule.
 - 4.) Die Honorarhöhen des Zweiten Bildungswegs und der Einstiegskurse werden an die jeweils aktuell gültigen Vergütungsuntergrenzen für Honorarprofessoren der Integrationskurse (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) gekoppelt.

einstimmig zugestimmt

**12 Konzept Jugendberufsagentur
Vorlage: IX/0844**

Nach Worterteilung durch den Bürgermeister führt Frau Feldmann eingehend zu der Vorlage aus.

Der Bitte des Sprechers der SPD-Fraktion hinsichtlich einer Berichterstattung und Einschätzung der durchgeführten Maßnahme nach rund einem Dreivierteljahr, könne entsprochen werden, erklärt der Bürgermeister. Da letztendlich weiterhin unterschiedliche Institutionen für die Bewilligung zuständig seien, sei eine Erfolgsquote nicht zahlenmäßig zu beziffern.

Beschluss

1. Der Rat nimmt das Konzept der Jugendberufsagentur zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des vorliegenden Konzeptes, eine Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit Mettmann und dem Job-Center ME-aktiv zu schließen.

einstimmig zugestimmt

**13 Personalanpassung in den kommunalen Kindertagesstätten für das Kita-Jahr
2016/17
Vorlage: IX/0846**

Beschluss

1. Der Rat nimmt die aktuelle Personalsituation in den beiden kommunalen Kindertagesstätten zur Kenntnis.
2. Im Stellenplan 2016 werden unterjährig 5 zusätzliche Stellen nach Entgeltgruppe S8a TVöD ausgewiesen und schnellstmöglich besetzt.

einstimmig zugestimmt

**14 Aufstellung von Fahrradboxen am Busbahnhof und an der Bushaltestelle
Baumberger Chaussee
Vorlage: IX/0863**

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt den Bau von Fahrradboxen am Busbahnhof und an der Bushaltestelle Baumberger Chaussee.
Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel werden im Jahr 2017 zur Verfügung gestellt.

einstimmig zugestimmt

- 15 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.08.2016 "Entwicklung eines Konzeptes für das Projekt Essbare Stadt"**
Vorlage: IX/0866/1

Beschluss

Der Rat beschließt, dass öffentliche Grünflächen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und anderen Gruppen zur Verfügung gestellt werden sollen, um diese mit essbaren Nutzpflanzen zu bepflanzen, sofern dies im Einzelfall möglich ist.

einstimmig zugestimmt

- 16 Mehrkosten Umgestaltung Alter Markt inkl. Kanalauswechslung - Genehmigung der dringlichen Entscheidung**
Vorlage: IX/0855

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein genehmigt die am 05.08.2016 vom Bürgermeister und dem Ratsmitglied Frau Lisa Pientak (Peto) getroffene dringliche Entscheidung zur außerplanmäßigen Bereitstellung von 630.000,-- Euro für die Baukosten bei der Investitionsmaßnahmen I6005.045 „Kanalauswechslung Turmstraße“ und I6004.072 „Altstadtplatz Alter Markt – Umgestaltung“.

Abstimmungsergebnis:

36 Ja-Stimmen: 25 PETO, 6 CDU, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP, 1 Linke, 1 BM
2 Nein-Stimmen: SPD

mehrheitlich zugestimmt

- 17 Bebauungsplan 99M 1. Änderung "südlich Kielsgraben" - Satzungsbeschluss**
Vorlage: IX/0826

Beschluss

1. Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Drucksache beschlossen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 99M 1. Änderung „südlich Kielsgraben“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.

einstimmig zugestimmt

- 18 Vorhabenbezogener Bebauungsplan 143M "Poststraße"**

- 1. Behandlung der Anregungen**
 - 2. Satzungsbeschluss**
 - 3. Zustimmung Durchführungsvertrag**
- Vorlage: IX/0827**

Beschluss

1. Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Vorlage beschlossen.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan 143M „Poststraße“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.
3. Dem Durchführungsvertrag wird zugestimmt.

einstimmig zugestimmt

- 19 Bebauungsplan 63B 1. Änderung - "Am Waldbeerenberg"**
- 1. Abwägung der eingegangenen Anregungen**
 - 2. Satzungsbeschluss**
- Vorlage: IX/0841**

Beschluss

1. Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Vorlage beschlossen.
2. Der Bebauungsplan 63B 1. Änderung - „ Am Waldbeerenberg“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 1 Enthaltung - FDP - zugestimmt

- 20 Bebauungsplan 126M "Menk-Gelände"**
- erneute öffentliche Auslegung -
Vorlage: IX/0884

Beschluss

1. Der Rat zieht die Angelegenheit gemäß § 9 Abs. 4 Satz 1 der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein an sich.
2. Der Bebauungsplanentwurf Nr. 126M „Menk-Gelände“ wird gemäß § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB erneut öffentlich ausgelegt.
3. Stellungnahmen sind gemäß § 4a Abs. 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) nur zu den geänderten bzw. ergänzten Teilen zugelassen.

einstimmig zugestimmt

- 21 Schulstandort Lottenstraße/Krischerstraße**
-Planungsbeschluss-
Vorlage: IX/0825/1

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass nach seiner Auffassung das Gebäude der Lottenschule erhaltenswert sei, da das Gebäude das historische Gesicht der Stadt mitpräge. Gestern sei daher ein Antrag an die Untere Denkmalbehörde (Stadt Monheim am Rhein) mit der Bitte um Überprüfung des Gebäudes als schützenswertes Baudenkmal beim Amt für Denkmalpflege im Rheinland beim LVR nach den Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes gestellt worden. Es sei wünschenswert, wenn die anderen Fraktionen dieser Prüfung zustimmen würden.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Stadt als Untere Denkmalbehörde selbst über die Denkmalwürdigkeit eines Gebäudes entscheiden könne. Der Abwägungsprozess habe im Vorfeld bereits stattgefunden. Die Untere Denkmalbehörde sei aus fachlicher Sicht zu dem Ergebnis gekommen, dass es sich bei dem Gebäude der Lottenschule nicht um ein schützenswertes Denkmal handle. Er nimmt bei der Begründung Bezug auf die Leitlinien zur Denkmalwürdigkeit. Ergänzend führt der Bürgermeister aus, dass das Festhalten am bestehenden Gebäude für die schulische Nutzung und die weitere Entwicklung äußerst hinderlich wäre. Ein neues Schulzentrum an einem anderen Ort zu etablieren, würde nicht als vorteilhaft angesehen. Es handle sich allerdings um eine politische Entscheidung, ob die schulische Nutzung mit modernen Schulräumen in den Vordergrund gestellt werde. Sollte allerdings der Rat zu der Entscheidung kommen, die Angelegenheit noch unter anderen Paradigmen betrachten zu wollen, z.B. Nutzung des Gebäudes für andere Zwecke, dann aufgrund eigener Entscheidung und nicht wegen einer Verwaltungsentscheidung der Unteren Denkmalbehörde.

Der Antrag der SPD-Fraktion werde in den nächsten Wochen schriftlich beantwortet.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass man sich zum Wohle der Schüler für einen Neubau am Standort der Lottenschule entscheiden habe. Nur so könne ein inklusiver, differenzierter und moderner Unterricht gefördert werden. Das müsse Vorrang haben vor dem Erhalt eines ungeeigneten Gebäudes.

Der Sprecher der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen erklärt, dass man sich die Entscheidung nicht leicht gemacht habe. Nach Abwägung aller Argumente sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass die optimale Beschulung der Kinder wichtiger als der Erhalt des Gebäudes sei. Unter Berücksichtigung aller Aspekte werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen. Der vorhandene Schriftzug an der Fassade der Lottenschule solle unbedingt wieder am Neubau angebracht werden.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion führt aus, dass man sich der Einschätzung der Unteren Denkmalbehörde anschließe, wonach es sich bei dem Gebäude der Lottenschule nicht um ein denkmalwürdiges handle. Für die vorgelegte Machbarkeitsstudie der Verwaltung spricht sie ihren ausdrücklichen Dank aus. Auch die PETO-Fraktion komme nach Abwägung aller Aspekte zu dem Ergebnis, dass die Schulentwicklung Vorrang habe. Dass die vorhandenen Schreibrifflettern auf der Fassade der Lottenschule wieder am Neubau angebracht werden, sei so im Ausschuss für Schule und Sport beschlossen worden.

Von der SPD-Fraktion habe man sich gewünscht, dass alternativ ein Vorschlag gemacht worden wäre, wie mit dem unbestrittenen Schulraumbedarf umgegangen werden solle bei Erhalt des Schulgebäudes. Ein Handlungsbedarf in Sachen Schulraumentwicklung sei in der Vergangenheit immer wieder fraktionsübergreifend zweifelsfrei festgestellt worden.

Die Signale der anderen Fraktionen deute er so, dass heute wohl unverändert über die vorgelegte Verwaltungsvorlage entschieden werde, erklärt der Sprecher der SPD-

Fraktion.

Nach Ende der Diskussion erklärt der Bürgermeister, dass die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages um folgenden Satz ergänzt werden müsse:
„Die Schreibriftlettern auf der Fassade der Lottenschule sind zu entfernen, einzulagern und am Neubau wieder anzubringen.“

Er ruft zur Abstimmung des ergänzten Beschlussvorschlages auf.

Beschluss

1. Zur Sicherstellung der räumlichen Versorgung der Schulen am Schulstandort Lottenstraße/Krischerstraße soll dieser auf Grundlage der Schulentwicklungsplanung mit einem Neubau für die Lottenschule und die Astrid-Lindgren-Schule sowie einer dazugehörigen Sporthalle überplant werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für die erforderlichen Baumaßnahmen bis zur Ausschreibungsreife zu erstellen. Architektonische Merkmale des bisherigen Lottenschulgebäudes sollen im Neubaukonzept erkennbar bleiben. Zwei alternative Konzepte, darunter eines mit einer Klinkerfassade sollen den Ratsgremien im Rahmen des Baubeschlusses zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Schreibriftlettern auf der Fassade der Lottenschule sind zu entfernen, einzulagern und am Neubau wieder anzubringen.
3. Die Finanzierung der Planungsleistungen erfolgt zunächst aus den im Teilfinanzplan B zum Haushalt 2016 unter Investition I7102.083 für die Einschaltung der Planungsbeteiligten bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von 1,0 Mio. €.
4. Der Kostenrahmen für das Gesamtprojekt liegt bei 27,0 Mio. € abzgl. der bereits etatisierten Haushaltsmittel in Höhe von 1,0 Mio. €, so dass die verbleibenden Haushaltsmittel in Höhe von 26,0 Mio. € im Haushalt 2017 bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis mit Erweiterung bei Nr. 2 des Beschlussvorschlages

36 Ja-Stimmen: 25 PETO, 6 CDU, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP, 1 LINKE, 1 BM
2 Nein-Stimmen: SPD

mehrheitlich zugestimmt

22 Heinrich-Häck-Stadion - Neubau Turnhalle: Budgetanpassung - Vorlage: IX/0885

Nach Worterteilung durch den Bürgermeister berichtet Herr Lobe, dass im Rahmen des Vergabeverfahrens durch einen Bieter Vergabebeschwerde eingereicht worden sei. Nach eingehender rechtlicher Überprüfung sei man zu dem Ergebnis gekommen, die Ausschreibung aufzuheben und nach Anpassung der Leistungsbeschreibung eine beschränkte Ausschreibung durchzuführen. Der dadurch eintretende Terminverzug sei leider nicht zu vermeiden.

Beschluss

Unter der Investnummer I 7102.053 „Neubau Turnhalle mit Umkleide Häckstadion“ werden außerplanmäßig weitere 573.000 € zur Realisierung der Baumaßnahme bereit gestellt.

Die Deckung erfolgt aus zusätzlichen Einzahlungen, da das Land NRW entsprechend dem Einheitslastenabrechnungsänderungsgesetz zur Rückzahlung von Beiträgen zum Fonds Deutsche Einheit über den geplanten Ansatz hinaus verpflichtet ist.

einstimmig zugestimmt

**23 Einbringung 2. Nachtragshaushaltssatzung 2016
Vorlage: IX/0886**

Eingangs erklärt der Bürgermeister im Zusammenhang mit dieser Vorlage nicht weiter auf Einzelheiten hinsichtlich der islamischen Gemeindezentren eingehen zu wollen. Anschließend begründet er die Notwendigkeit für den 2. Nachtragshaushalt. Insbesondere weist er auf verfahrenstechnische Erwägungen hin, die keine Vorentscheidungen in der Sache nach sich ziehen würden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bedankt sich für die präzisierenden Ausführungen des Bürgermeisters und stellt fest, dass mit der Zustimmung zur Verweisung der Nachtragshaushaltssatzung zur weiteren Beratung keine Festlegung in Bezug auf die Zuweisungen an islamische Gemeinden erfolge. Die Dringlichkeit, diese Zuweisungen im Rahmen eines Nachtragshaushaltes bereitzustellen, werde nicht gesehen, zumal jegliche Konzepte in Bezug auf die islamischen Gemeindezentren fehlten. Die Mittelbereitstellung und die Beratung hätten durchaus mit der Haushaltsplanberatung für das Jahr 2017 erfolgen können.

Dazu erklärt der Bürgermeister, dass es bei der Vertragsgestaltung mit den islamischen Gemeinden ein Vertragswerk „aus einem Guss“ als notwendig angesehen werde. In diese Verträge solle dann auch der Ankauf der bisherigen Moscheegrundstücke einfließen. Für die Abwicklung müssten Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Sowohl der Sprecher der SPD-Fraktion als auch der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklären, dass mit der Zustimmung zu dem vorliegenden Beschlussvorschlag keine Vorentscheidung hinsichtlich der Zuweisungen an islamische Gemeinden getroffen werde. Die Entscheidung könne erst nach den noch erforderlichen Beratungen erfolgen.

Vor Abstimmung weist der Bürgermeister auf eine Änderung des Beschlussvorschlages hin. Die richtige Formulierung müsse lauten: „Der Verwaltungsentwurf der 2. Nachtragshaushaltssatzung 2016 wird mit seinen Anlagen zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.“

Anschließend gibt der Bürgermeister noch den Hinweis auf eine zusätzliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26.10.2016, um 16:00 Uhr (vor der Ratssitzung).

Beschluss

Der Verwaltungsentwurf der 2. Nachtragshaushaltssatzung 2016 wird mit seinen Anlagen zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

einstimmig zugestimmt

**24 Nachwahl in Ratsausschüsse und Gremien, Nachbenennung für den JHA sowie die Bestimmung von Nachfolgern für den Ausschussvorsitz
Vorlage: IX/0880**

Beschluss

1. Die Nach- und Umbesetzung der Ausschüsse und Gremien wird gemäß der beigefügten Anlage 1 beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Der Rat nimmt die Benennung sowohl des Vorsitzenden als auch des stellvertretenden Vorsitzenden im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr zur Kenntnis.
3. Der Rat nimmt die Nachbenennungen für den Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis.

einstimmig zugestimmt

25 Mündliche Mitteilungen

25.1 Mitteilung über die Einrichtung eines Haltepunktes in Düsseldorf-Benrath im Rahmen des Linienkonzeptes des RRX

Herr Waters weist auf die Resolution des Rates der Stadt Monheim am Rhein am 23.09.2015 hin und erklärt, dass eine Zusage für die Einrichtung eines Haltepunktes in Düsseldorf-Benrath im Rahmen des Linienkonzeptes des RRX erteilt worden sei.

26 Mündliche Anfragen

26.1 Anfrage des Rats Herrn Nagy - CDU - "Beginn der Bauarbeiten am Alten Markt"

Herr Nagy fragt nach dem konkreten Termin bzgl. des Beginns der Bauarbeiten, insbesondere der geplanten Baumfällarbeiten. Er wolle dazu eine Aktion planen.

Herr Apseil teilt mit, dass mit den Bauarbeiten am Alten Markt planmäßig begonnen wurde.

Ergänzend hierzu weist der Bürgermeister auf einen gültigen Ratsbeschluss, der auch die Baumfällungen beinhaltet, hin. Ein konkreter Termin könne nicht genannt werden, da die Arbeiten nicht durch die Stadt selbst ausgeführt würden.

Ergänzend führt der Bürgermeister aus, dass die Baumfällarbeiten für die Kugelakazien, denen ein gültiger Ratsbeschluss zugrunde liege, durch die Stadt in Auftrag gegeben würden. Auf den genauen Ausführungstermin habe man keinen Einfluss. Das obliege der Disposition des beauftragten Unternehmens.

Ratsherr Nagy fragt nach einem geplanten Zeitfenster, welches die Verwaltung anhand des Bauzeitenplanes sicher kenne.

Mit Hinweis auf eben den Bauzeitenplan schließt der Bürgermeister aus, dass eine Terminbenennung mit einer geringeren Vorlaufzeit als ein/zwei Wochen denkbar sei.

Diese Termininformation würde schon weiterhelfen, erklärt der Fragesteller.

26.2 Anfrage des Ratsherrn Schumacher - SPD - "Tischvorlagen bei digitaler Gremienarbeit"

Herr Schumacher bezieht sich auf die zu den Tagesordnungspunkten ö 7 und ö 8 (Vorlagen IX/0901 und IX/0902) verteilte Tischvorlage und fragt nach, ob im Zusammenhang mit der papierlosen Gremienarbeit zukünftig solche Unterlagen nicht sofort den Vorlagen beigefügt werden sollten.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die verteilte Unterlage nicht als so bedeutend angesehen worden sei, um sie als Anlage den Vorlagen beizufügen.

26.3 Anfrage des Ratsherrn Poell - Bündnis90/Die Grünen - "Sitzungsplanung 2017"

Herr Poell bezieht sich auf die zur Abstimmung zugeleitete Sitzungsplanung für das Jahr 2017 und bemängelt, dass die vorgesehene Planung von jeweils drei Fachausschusssitzungen pro Woche für die Vorbereitung in den Fraktionen ungünstig sei. Er fragt an, ob eine Entzerrung der Sitzungstermine möglich sei.

Der Bürgermeister antwortet, dass die vorgesehene Terminplanung mit den Fachausschusssitzungen an den drei aufeinanderfolgenden Tagen innerhalb einer Woche grundsätzlich so beibehalten werden solle, da sich das Verfahren bewährt habe. Die Vorbehalte, die ihm bereits von den Fraktionen der CDU und der SPD mitgeteilt worden wären, seien nicht nachvollziehbar. Er weist darauf hin, dass die Einladungen für die dienstags stattfindenden Sitzungen bereits eineinhalb Wochen vor der Sitzung zur Verfügung stünden. Somit sei gewährleistet, dass die Dienstagssitzung bereits eine Woche vor der Mittwochs- und Donnerstagssitzung in den Fraktionen vorberaten werden könne.

Der Sprecher der CDU-Fraktion wiederholt seine Bedenken hinsichtlich der erschwerten Fraktionssitzungsarbeit bei dem vorgeschlagenen Terminplan. Die Argumentation des Bürgermeisters hinsichtlich der Dauer der jeweiligen Sitzungsläufe sei s. E. nicht stimmig. Er verweist dazu auf die Terminplanung in den zurückliegenden Jahren. Abschließend fragt er nach, ob der Bürgermeister sich eine Entzerrung der Termine vorstellen könne.

Dies wird durch den Bürgermeister verneint. Er nimmt Bezug auf das neue Terminverfahren und vergleicht es mit der „alten“ Terminplanung. Als Ergebnis sei festzustellen, dass es keinen Unterschied zum damaligen Fraktionsgeschäft gäbe, wenn die Dienstag stattfindenden Sitzungen bereits in der Vorwoche in den Fraktionen beraten würden. Die Sitzungsläufe hätten sich in den letzten Jahren auch dahingehend geändert, als die Ratssitzung zur Haushaltseinbringung bereits im Oktober des Vorjahres erfolge. Das sei in den vergangenen Jahren nicht der Fall gewesen.

26.4 Anfrage des Rats Herrn Goller - SPD - " Sperrungen am nördlichen Ende des Kreisverkehrs Lindenstraße"

Herr Goller weist auf Absperrungen in der nördlichen Ausfahrt des Kreisverkehrs Krischerstraße/Lindenstraße hin. Fahrzeuge, die von der Lindenstraße in den Kreisverkehr einfahren, würden durch die Absperrungen verdeckt und würden nicht rechtzeitig erkannt, wenn man vom nördlichen Teil der Krischerstraße in den Kreisverkehr einfahre.

Er fragt an, ob die Absperrungen verschoben werden könnten, um die Sichtbehinderung zu vermeiden.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Angelegenheit durch den Baubereich überprüft und ggf. geändert werde.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den anwesenden Besucherinnen und Besuchern für ihr Interesse und wünscht allen einen guten Heimweg.

Vor Beginn des nichtöffentlichen Teils wird die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Beate Hellingrath
Schriftführerin